

# Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM Durch die Post bezogen 1.30 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebrä: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postkontokonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebrä — Bankverein Arttern.

Nr 151

Sonnabend, den 20. Dezember 1930.

43. Jahrgang



Ulrich Kauffner wurde am 26. Juni 1884 in Stuttgart geboren. Er studierte Rechtswissenschaft, war Mitglied des Kaiserlichen Korps (Corps Guecia) und wandte sich später der freien schriftstellerischen Tätigkeit zu. Politisch betätigte er sich erstmals als Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Stahabru, später in Berlin, wo er als Theaterreferent für die „Frankfurter Zeitung“ tätig war. Während des Krieges war er zunächst im Kriegspreskammer, zuletzt zwei Jahre Artillerieoffizier. Nach der Revolution trat er zur Sozialdemokratie über und wurde als Sekretär Scheidemanns die erste sozialistische Stimme der Revolutionsregierung. Er wurde der erste Vizepräsident bei der Reichsregierung in der Republik. Am April 1920 schied er aus der Reichsregierung aus. Er wurde dann Gesandter in Athen, dann Gesandter in aufständischer Republik in der Sowjetrepublik Kasan und am 27. Mai 1922 Gesandter in Warschau.

## Gesandter Kauffner

Berlin, 19. Dezember.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kauffner, ist in St. Wlasien an den Folgen einer doppelseitigen Lungenentzündung gestorben.

Der Tod des 46jährigen deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Kauffner, kommt überraschend. Man erfährt in den letzten Tagen lediglich, daß er erkrankt sei und sich in St. Wlasien aufhalte. Man hätte, daß er sich eine Kopfverletzung zugezogen habe und daß auch die Lungenentzündung ausgebrochen sei. Eine inzwischen hinzugegetrene doppelseitige Lungenentzündung hat dann den Brandstiftungsprozess beschleunigt.

## Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 18. Dezember.

Das Reichskabinetts trat zu einer Sitzung zusammen, um sich mit laufenden Angelegenheiten zu beschäftigen. U. a. wurde die Ausdrache über die Kreisfinanzfrage fortgesetzt. Ferner wurde man sich im Reichsstatistik über die Frage schlüssig, in welcher Form die 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages am 18. Januar gefeiert werden soll.

Am Nachmittag erstattete der Führer der deutschen Arbeiterpartei auf der vorbereitenden Versammlung in Senf, Graf Bernhoff, vor einem kleineren Kreis von Ministern, darunter dem Reichsanwalt und dem Reichsaussenminister, Bericht über die Verhältnisse in Senf.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Alig Dingeldey, wurde vom Reichsanwalt empfangen, wobei die beiden Herren die allgemeine politische Lage und insbesondere den Antrag der Deutschen Volkspartei auf weitere Ausgabenentlastung im Reichshaushalt besprachen.

## Remarque-Film und Polizei

Sievering vor dem preußischen Landtag.

Berlin, 19. Dezember.

Im Rahmen der ersten Beratung des neuen preussischen Staatshaushaltes nahm Innenminister Sievering das Wort. Er beklagt, daß er sich über die Durchführung des Remarque-Films bisher überaupt geäußert habe. Er ist auf nicht wahr, daß die Durchführung des Remarque-Films infolge der Empörung der nationalgeheimen Kreise hervorgerufen habe. Bei der ersten und zweiten Vorführung habe sich keinerlei Empörung gezeigt, so daß er annehmen müsse, daß sie bei der dritten Vorführung nicht natürlich gewesen sei. Ganz unabhängig von der Beurteilung des Films habe die Polizei dafür zu sorgen, daß Hausfriedensbrüche aus dem Theater entfernt würden. Unter lärmendem Widerspruch erklärte der Minister dann, die Demonstrationen gegen den Film lenkten den Krieg anheimelnd nicht. Der Film sei ein hohes Lied auf deutsche Kameradschaft und deutsche Kameradschaft. Das von dem Reichspräsidenten in Openair erklärte Demonstrierungsverbot sei im Einvernehmen mit allen örtlichen Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten erfolgt. Der Minister wandte sich entschieden gegen Behauptungen, wonach an eine Heranziehung des Reichsbanners zur Unterstützung der preussischen Polizei gedacht werde.

Die preussische Polizei sei in jeder Hinsicht ihrer Aufgabe gewachsen. Es sei auch nicht möglich, daß der Staat auf private Organisationen zum Grenzschutz zurückgreifen müsse. Dazu reichten die staatlichen Organe aus. Der Minister sprach dann der Polizei seinen Dank für all das aus, was sie in den letzten schweren Monaten geleistet habe. Diese Anerkennung gelte nicht nur den Mannschaften, sondern auch den Offizieren. Am dem Dank an die Polizei auch einen sichtbaren Ausdruck zu geben, soll den Eretulobeamten vom 1. Februar 1931 ab wenigstens ein Teil des Gehaltsabzuges wieder erkehrt werden.

Die Nationalsozialisten irren, erklärte der Minister, wenn sie meinen, daß der Material für das Verbot ihrer Organisation komme. Was sich sie verbieten will, so genügt dazu ein Entschluß. Der Minister beschäftigte sich dann mit den Vorgängen an den Universitäten und erklärte, wenn junge Studenten gewalttätig bestimmte Professoren an ihren Vorlesungen hindern wollten, dann sei es Aufgabe der Polizei, rücksichtslos gegen die Unruhmacher einzuschreiten. Der Oberpräsident Haas in Kassel, dessen Abberufung die Deutschnationalen forderten, habe sich lediglich an Versammlungen beteiligt, die der Abwehr der schicksallichen Gefahr dienen. Wer in dieser Zeit der allgemeinen Panikstimmung den Weg zur richtigen Befinnung zeige, werde nicht gerügt, er gehöre vielmehr zu den besten Beamten.

## „Der Stahlhelm am Rhein.“

Das Verbot des Films aufgehoben.

Berlin, 19. Dezember.

Die Oberfilmprüfstelle befristete sich mit der Bescheidung gegen das Verbot des Films „Der Stahlhelm am Rhein“, das vor acht Tagen von einer Kammer der Filmprüfstelle Berlin ausgesprochen worden war. Wie erinnerlich, hatte nicht nur der Stahlhelm, sondern auch der Kameraverband selbst Beschwerde gegen das Verbot erhoben, weil die Kameramänner sich über die Gutachten der Sachverständigen, die einheitlich den Film für unbedenklich erklärten, hinweggesetzt hätte.

Die Oberfilmprüfstelle hat, wie der Stahlhelm mittels, nach kurzer Verhandlung das Verbot dieses Films aufgehoben und im Sinne der Sachverständigen der Vorinstanz den Film für die Vorführung im Deutschen Reich freigegeben.

## Die Gehaltskürzung in Preußen.

Die Stellung der Notare.

Berlin, 19. Dezember.

In der preussischen Gesetzesammlung wird die Verordnung des preussischen Staatsministers über die Gehaltskürzung veröffentlicht. Sie stützt sich eng an die Verordnung des Reichspräsidenten an. Die Dienstbesoldung des Ministerpräsidenten und der Staatsminister werden um 20 v. h. gekürzt.

Entgegen vielfach aufgetretenen Zweifeln wird ausdrücklich betont, daß die Vorschriften dieser Verordnung auf Notare keine Anwendung finden.

Ueber die Gehaltskürzung der Kommunalbeamten heißt es: Die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände im Sinne des Kommunalbeamtengesetzes sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterliegenden Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts werden mit unmittelbarer Wirkung nach den Vorschriften dieser Verordnung gekürzt.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die sonstigen der Aufsicht des Landes unterliegenden Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, von der Kündigungsfrist gemäß Verordnung des Reichspräsidenten Gebrauch zu machen, um eine Herabsetzung der Bezüge ihrer Angestellten herbeizuführen.

## Ministergehälter in Braunschweig.

Auf 12 000 Mark festgelegt.

Braunschweig, 18. Dezember.

In der Sitzung des Landtages fand die Festsetzung der Ministergehälter auf der Tagesordnung. Nachdem ein formaler Antrag, die Gehälter auf 8000 Mark, und ein bürgerlicher, die Gehälter auf 15 000 Mark festzusetzen, abgelehnt worden waren, wurde der nationalsozialistische Antrag, die Gehälter auf 12 000 Mark herabzusetzen, angenommen.

Die Sozialdemokraten, die in der Aussprache dagegen waren, stimmten für den Antrag. Die bürgerliche Einheitsfraktion gab die Erklärung ab, daß die Arbeitslast der Minister nach deren Herabsetzung um drei auf zwei zu gewachsen sei, daß diese Bezüge zu gering sei.

## Die Sparmaßnahmen der Gemeinden

Die Aufgabe der Staatskommissare in den Gemeinden.

Berlin, 18. Dezember.

Im preussischen Landtag ist folgender Antrag der Deutschen Volkspartei eingegangen: An einer Reihe von Städten hat der Herr Minister des Innern auf Grund der Gemeindeverordnungsgehe Staatskommissare ernannt, um an Stelle der Gemeindeorgane die zur Deckung des im laufenden Etatjahr entfallenden Defizits erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Es genügt den Umständen, daß die Staatskommissare ihren Auftrag zum Teil nur dahin auf-

zußen, die mangelnde Zustimmung des betreffenden Gemeindevorstands zu Steuererhebungen zu ersetzen. Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird erucht, die ernannten Staatskommissare dahin anzuweisen, daß sie 1. alle Defizitmaßnahmen mit eigener Verantwortung prüfen, insbesondere auch feststellen, ob nicht aus laufenden Einnahmen angelegte Vermögensbestandteile der betreffenden Stadt im Interesse der Schonung der Wirtschaft zur Deckung herangezogen werden können und müssen, 2. etwa vorhandene Sparmöglichkeiten restlos auszunutzen und 3. insbesondere die Erhöhung der Konsumen nicht vor dem in Paragraph 3 des vierten Teiles der Novellverordnung vom 1. Dezember 1930 festgelegten Maßstab und nur im äußersten Notfalle und nur insoweit gutzuheißen, als ein anderer Weg zur Aufrechterhaltung der Verwaltung nach den Grundsätzen einer geordneten Finanzwirtschaft nicht gegeben ist.

## Markenartikel und Preisentzug.

Keine einschneidenden Maßnahmen vor Weihnachten.

Berlin, 18. Dezember.

Der Preisentzugsausschuß der Reichsregierung beriet eingehend die drei Hauptprobleme der Preisentzug, die noch behandelt werden müssen. Es handelt sich um die Breite für Eisen, Markenartikel und 3. insbesondere die Erhöhung der Konsumen nicht vor dem in Paragraph 3 des vierten Teiles der Novellverordnung vom 1. Dezember 1930 festgelegten Maßstab und nur im äußersten Notfalle und nur insoweit gutzuheißen, als ein anderer Weg zur Aufrechterhaltung der Verwaltung nach den Grundsätzen einer geordneten Finanzwirtschaft nicht gegeben ist.

## Redeueil im Rundfunk.

Zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten.

Berlin, 18. Dezember.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Gedanken zur Zeit“ der „Neuen Welt“ fand ein Zinseispruch über das Thema „Sozialismus und Nationalismus“ zwischen dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Professor Erik Hölling und dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Goffried Feder statt.

Mit dieser Veranstaltung ist zum ersten Male einer von den Nationalsozialisten schon seit längerer Zeit erhobenen Forderung, im Rundfunk zu Gehör zu kommen, stattgegeben worden. Professor Hölling hielt zunächst unter Hinweis auf die im Reichstag dem vorkommenden Abgeordneten Dingen gegebene nichtige Antwort Feders, daß „jener keinen Grund habe, der NSDAP sozialistische Tendenzen zu unterstellen“, die Frage nach der Bedeutung des Wortes „Nationalismus“ Feder antwortete, daß er in seiner Ausprägung im Reichstag mit „sozialistisch“ lediglich den marxistischen Sozialismus gemeint habe. Im weiteren Verlauf der Aussprache, die sich in erster Linie um wirtschaftliche Fragen drehte, wurde gegenüber der These des marxistischen Sozialismus, daß nur die Beseitigung der Produktionsmittel den sozialen Ausgleich bringen könne, von Feder auf die Bedeutung der Unternehmenspersönlichkeit für die wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen. Durch die Aufrechter der Klust der Klassenunterschiede durch den Marxismus leide die Zusammenarbeit bei dem Produktionsprozess Beteiligten; daraus ergebe sich neben einem minderen Arbeitsertrag auch eine Verminderung des Gesamtproduktes des Arbeiters. Zu der von den Nationalsozialisten geforderten „Bredung der Wirtschaftlichkeit“ erklärte der sozialdemokratische Redner, daß dies durch die von seiner Partei geforderte Neuordnung der Verhältnisse in der Produktion automatisch zu erreichen sei, daß der Gehilms lediglich einen Teil des den Kapitalisten zugute kommenden Mehrwertes darstelle. Die Redner schloß zum Schluß die Verantwortung für die Beseitigung der politischen Atmosphäre gegenüber der anderen Partei und deren Maßnahmen zu.

## Um die Weisheit.

Die Notlage der westlichen Landgemeinden.

Berlin, 19. Dezember.

Der Geschäftsführer des Preussischen Gemeindebundes, Dr. Göt, sprach über die Rückwirkungen der letzten Novellverordnung der Reichsregierung auf die Lage der westlichen Landgemeinden. Er betonte, das Sanierungsprogramm der Reichsregierung enthalte keine wirkliche Lösung der so wichtigen Frage, wie die Gemeinden über die Nöte dieses Winters hinweg-



gefragt werden könnten. Es sei fortwähre nötig, wenn nicht zahlreiche Gemeinden zum Zusammenbruch kommen sollten. Sehr bedauerlich sei die Herabsetzung des Wehrleistungs-Fonds von 20 Millionen auf 5 Millionen Mark, denn auch nach Abzug der Befragung seien die Schäden noch lange nicht restlos beseitigt.

Dr. Götz wies darauf hin, daß das ganze logenante Sanierungsprogramm der Reichsregierung ohne Erfolg bleiben werde, wenn nicht auch eine Verwaltungsreform folge, die auf der Selbstverwaltung der Landgemeinden aufgebaut sein müsse. Weiter wurde über zwei Entschlüsseingen verlesen, die der Vorstand und der Hauptausschuß des Preussischen Landgemeindeförderungswerks am 12. und 13. Dezember in Köln abgehaltenen Sitzung angenommen haben und die den maßgebenden Stellen in Eingebunden und Verwaltung überreicht wurden. In der einen Entschlüsseingung wird darauf hingewiesen, daß die Notverordnung die Finanzwirtschaftlichen insbesondere der Landgemeinden in den beiden Wehrprovinzen nahezu unberücksichtigt läßt. Die Finanznot sei nahezu ausschließlich herbeigeführt worden durch die Wirtschaftskrisis und die mit der Erweiterteingebunden in Verbindung stehenden Wirtschaftsausgaben, also durch Umstände, die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Gemeinden liegen. In der zweiten Entschlüsseingung wird als eine Mindestleistung von Reich und Staat gefordert, daß die im Haushaltsplan für das Jahr 1930 vorgesehenen Mittel für die Wehrhilfe und den Grenzschutz auch im Jahre 1931 voll eingestiftet werden.

### Pulverfaß Spanien.

Im Zeichen von Standrecht und Generalfreist. Madrid, 18. Dezember. Die Gemislinge in Spanien ist weit freilicher und viel gefährlicher, als es die offiziellen Nachrichten, die die Militärregierung senkt, wahrhaben wollen. Immer deutlicher tritt die Tatsache zutage, daß die Arme, auf die sich die Regierung Beruhen will, durchaus nicht zuverlässig ist. Immer neue Nachrichten schlüpfen durch die Klagen der Jener und wissen von dem Übergang hoher Offiziere zu den Revolutionären zu berichten. In Barcelona wird man auch nicht nur zufällig zwei Infanterieregimenter und zwei Dragonerregimenter entwaffnet haben. Und zum Staat hat man sicherlich nicht Bataillone der fremdenlegation aus Maroff geholt, die über Valencia nach Madrid transportiert wurden. Dabei liegen Mitteilungen vor, daß die Revolutionäre bereits dabei sind, die Eisenbahnen nach Madrid zu zerstören, um die Truppentransporte in die Hauptstadt zu erschweren oder unmöglich zu machen. Und weiter muß es auffallen, daß die Grenze zwischen Spanien und Frankreich vollständig gesperrt ist, daß kein Fuß diese Grenze nach Spanien oder aus Spanien heraus passieren darf.

Das Land steht im Zeichen des Standrechts und des Generalfreist.

Der Generalfreist liegt bereits auf ganz Nordspanien übergriffen zu haben. Zwischenfälle werden aus den verschiedensten Ecken gemeldet. In Barcelona wird es, daß allerdarun abhängt, wie die Gemischten und überhaupt die Arbeiterchaft sich im entscheidenden Augenblick verhalten. Auf Streit liegt Standrecht, ein Zeichen, daß die Regierung bei der ultima ratio angesetzt ist.

Freilich ist eine einheitliche Führung der revolutionären Bewegung — und hierin liegt die entscheidende Stärke für die Regierung — nicht erkennbar. Zwar wollen alle das gleiche, sie wollen verfassungsmäßige Ordnung auf der Grundlage der Republik. Der Stoß gilt dem Thron, weil die Krone die Diktatur geführt hat und nach heute die Revolutionsdiktatur stiftet. Man hat genug von dem Regime der Generale und steht sich nach einem friedlichen Regiment der Militäre. Aber man steht keinen, der diese Ziele, der dieses Wollen, diese Bewegung einheitlich führt und auf dessen parole gemartet wird. Es wird hier losgelassen und dort losgelassen. Spanien ist ein Pulverfaß. Hier und da sind die Explosionen zu erwarten. Alles Zeugen der amüßigen Demontiermaschine nicht nichts. Nur ob dabei die Regierung tatsächlich in die Luft gehen wird, schon jetzt oder erst in naher, vielleicht gar fernerer Zukunft, das alles ist unklar.

Nur eines scheint klar: Die Diktatur darf abgewirft werden. Das Volk will sie nicht mehr. Das Volk will eine Rückkehr zur Verfassung. Denn es fühlt sich betrogen. Es fühlt sich mißbraucht. Die Arme will auch nicht mehr, denn sie begreift, daß sie Zweden nutzbar gemacht wird, die nicht zu ihren Aufgaben gehören und die ihr nichts, aber auch gar nichts einbringen. Die Krone, auch das scheint klar zu sein, kann sich nur dann halten, wenn durch eines retten: sie muß sich an die Spitze der Bewegung stellen, die eigentlich der Diktatur gilt, sonst ist der Thron verloren. Sonst wird er von dem Pulverfaß, das Spanien heute darstellt, mit in Stücke gerissen werden.

Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen?

Madrid, 19. Dezember. Die Grenzsperr zwischen Frankreich und Spanien ist gelockert. Die Jäger dürfen, wenn auch nach starker Kontrolle, wieder passieren. Aber die Lage ist noch keinesfalls klar.

Sicher ist, daß die Streitbewegung andauert, sicher ist, daß die Regierung noch keineswegs die Lage vollständig beherrscht, es scheint aber auch, als ob die revolutionäre Bewegung ins Stocken gerät. Es fehlt hier Bewegung an der einheitlichen Führung, worunter sie von vornherein litt.

Diese Schwäche kann unter Umständen im Augenblick für die Regierung Beruhen zur Rettung werden. Aber auf die Dauer wird Beruhen sich nicht halten können, wenn er nicht noch im letzten Augenblick ein Schritt Unrechts. Dieses Recht könnte nur die Ausbreitung von Wahlen zur Nationalversammlung sein. Also das System des Diktats hat nur die Möglichkeit der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen. Ein anderer Weg bleibt ihm nicht, auch wenn der Sand es noch einmal gelingen würde, die Streitbewegung wieder zum Stillstand zu bringen. Ob Beruhen diesen Zwangsweg beschreitet, ist auch noch völlig ungewiß. Es ist möglich, daß die Krone ihn dazu zwingt, denn der König wird kaum darüber im Zweifel sein, daß für ihn dieser Weg die letzte Rettung wäre.

### Brand verteidigt sich.

Frankreich als „Gedankenspender“. Paris, 19. Dezember. Vor dem Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsauschuß hielt Brand eine große außenpolitische Rede. In der Sitzung nahmen mehrere Mitglieder des neuen Rates

und zahlreiche Abgeordnete und Senatoren teil. Brand wandte sich zunächst gegen die Angriffe, die von den Rechtsparteien gegen ihn erhoben werden, und erklärte, er sei der festen Überzeugung, daß die große Mehrheit des Landes hinter ihn und seiner Politik stehe.

In dem Brief über der Welt das wahre Gesicht Frankreich zeigen wollen, indem er sein Antworts auf ganzer Energie geführt habe. Wenn Frankreich heute im Ausland so beliebt (?) sei, so sei dies nicht nur wegen seines heldenmütigen Verhaltens während des Krieges, sondern auch weil es ein „großer Spender von Gedanken“ sei, die dem Frieden dienlich seien. Brand ging dann auf die Beschuldigungen ein, die man in der Sicherheitsfrage gegen ihn erhebt, und erklärte, daß er bei jeder Gelegenheit die Maßnahmen betont habe, die notwendig seien, um die Sicherheit und das Leben Frankreichs zu garantieren. Er bilde sich ein, ein guter Franzose zu sein. Alle Beschuldigungen würden ihn nicht davon abhalten, bis zum letzten Atemzuge gegen den Krieg und für den Frieden zu kämpfen. Ministerpräsident Brieg unterließ im Anschluß an Brands Rede das Friedenswort Brands, der seine lange Tätigkeit einer unentbehrlichen und delikaten Aufgabe widme, die schon bemerkenswerte Ergebnisse erzielt habe.

### ... und die „Maffen“ freuen sich.

Der Kampf um die Prohibition in Amerika. Neupost, 18. Dezember

Das Bundesgericht von New Jersey hat in einem an sich nur kleinen Prozeß eine Entscheidung von weittragender Bedeutung gefällt. Zwei Bierhändler, die des Vergehens wegen das Alkoholgesetz beklagt waren, sind freigesprochen worden. Das Entscheidende aber ist die Begründung dieses Freispruchs, in der die Verfassungsmäßigkeit des schätzten Abwendens um der Verfassung der Vereinigten Staaten bezweifelt, jener Ergänzung der Bundesverfassung, auf die sich die Prohibition gründet.

Der Verteidiger der freigesprochenen Angeklagten, einer der bestbekanntesten amerikanischen Juristen, hat sich dabei Sonderfall ausgesprochen, der ihm eine besonders geeignete Handhabe zur Bekämpfung der Prohibition gegeben zu bieten schien, und er hat wenigstens vor dem Gericht des zuständigen Bundesstaates seine Sache zum Erfolg geführt. Er hat aus anderen Bestimmungen der amerikanischen Verfassung nachgewiesen, daß eine so tief in die persönliche Freiheit des Staatsbürgers einschneidende Bestimmung wie die des Alkoholverbotes nur dann in die Bundesverfassung aufgenommen werden durfte, wenn sie vorher auch von den beteiligten Bundesstaaten der einzelnen Bundesstaaten genehmigt worden war, und diese Regel ist bei der Aufnahme der Prohibition in der 18. Ergänzung des Verfassungstextes nicht erfüllt worden. Die Sache wird nun an das Oberste Bundesgericht weitergehen, dessen Entscheidung endgültig sein wird und von der die Gegner der Prohibition eine Bestätigung des Kampfes gegen das Alkoholverbot erhoffen, der bei den letzten Wahlen bereits eine so große Rolle gespielt und durch ihren Ausgang einen so starken Eindruck hinterlassen hat.

### Aus dem In- und Auslande.

Ein Staatssturm für Trier ernannt. Trier, 19. Dezember. Der Regierungspräsident hat an die Stadtbewohner ein Schreiben geschickt, in dem er u. a. festsetzt, daß Grund des mit württembergischen Streitkräften in der Oberregierungsrat Dr. Trappe-Trier zum kaiserlichen Kommissar mit dem Auftrage bestellt, im Stadtreis Trier nach Abgabe der Noterordnungen des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 und vom 1. Dezember 1930 die Bürgersteuer einzuführen und eine dieser Verordnung entsprechende Steuerart festzusetzen.

Ein geflohenen Privatbrief des Gefandten von Kallus. Bukarest, 19. Dezember. Ein von dem deutschen Gefandten von Kallus an den Generalkonsul des „Bukarester Deutschen Legations“ geschickter Privatbrief, der wahrscheinlich durch Diebstahl in falsche Hände gekommen ist, wurde am Mittwoch in der „Epoca“ veröffentlicht. Der Chefredakteur der „Epoca“, Filipescu, glaubt sich durch eine in dem Briefe enthaltene Phrase persönlich getroffen. Der an sich bedeutungslose Zwischenfall wird von der Bukarester Presse verschiedentlich kommentiert.

Gegen Englands Zollpolitik. London, 19. Dezember. Zwölfen Australiens und Kanada ist einer Meldung aus Ottawa zufolge ein vorläufiger Handelsvertrag zustande gekommen. Eingeleitet hat dies nicht das kenne. Es verläuft jedoch, daß Australien landwirtschaftlichen Erzeugnissen Vorzugsbehandlung einräumt. Es scheint also hiermit ein erster Schritt auf dem von dem kanadischen Premierminister angegebenen Wege gehen zu sein, daß die Dominien unter sich zu einer engeren wirtschaftlichen Verbindung gelangen müßten, falls England seine Zollpolitik nicht ändere.

Sieg der Aufständischen in Guatemala. Romero, 19. Dezember. Nach heftigem Straßenkampf, bei dem der Kriegsminister getötet wurde, ist die Regierung von Guatemala gestürzt worden. Die neue vorläufige Regierung steht unter Führung des Generals Orellana.

Keine politische Weltmannen. Nordwesteuropäische Zollkonferenz. In Oslo wurde eine Zollkonferenz zwischen Vertretern der norwegischen, dänischen, belgischen und holländischen Regierung eröffnet. Die Konferenz befindet sich in der ersten Sitzung. Die Konferenz kommt wieder etwas Näherung zu sich nehmen. Man hofft, daß die Verhandlung anhalt.

Wahlrecht in Paris. Marschall hat, daß er sich auf Verlangen seiner Partei für einige Zeit zur Kur nach Madriet begeben, traf am Mittwoch in Paris ein, wo er jedoch — in strengem Incognito — nur kurze Zeit zu bleiben gedenkt.

Vorläufige keine Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten. Die englischen Truppen in Ägypten werden, wie Berichten im Hinterhause mitteilt, vorläufig nicht zurückgezogen. Das konnte erst dann in Frage, wenn Ägypten die Vertragsvorschriften der englischen Regierung angenommen habe.

### Aus der Umgegend

Reha, 20. Dezember. Der Hauptgottesdienst am vierten Abend findet im Gemeindefest der Weihnachtsfestesdienst in der Kirche statt. Die Kindergottesdienste am 4. Advent fallen aus, da um 3 Uhr im Schützenhaus, so Gott will, die Weihnachtsfeier des Kindergottesdienstes gehalten werden soll. Dazu sind die Angehörigen der Kinder und andere Erwachsene, die sich für den Kindergottesdienst interessieren, herzlich eingeladen.

Das Christkindlein zeigt sich jetzt fast täglich. Am Dienstag war es bei den Kindern des Rindergartens und letzte der festlich gekleideten Rindergehirne Gebete aus. Zu seinem Empfang hatten die Kinder polstige Gebilde und Weihnachtsspiele von ihrer treuen Hüterin, Schwester Martha, gelernt und trugen sie im Glanze des schönen Weihnachtsbaumes vor. Die kinderfreundliche, an Wohlthätigkeit immer bedachte Schloßherfchaft, die auch den Rindergarten das ganze Jahr hindurch finanziert, nahm an der Besichtigung teil und war hoch erfreut über den weihnachtlichen Glanz, der die trante Stunde umhüllte. Herrliche Weihnachts- und auch Dankworte fand Herr Pfarrer Höper der gesehenswerten Her schafft und den Kindern und Eltern gegenüber und zeigt, wie gerade das Christkind es als seine Aufgabe ansieht, die soziale Not im Rinderstand zu überbrücken. Kinder mit Eltern schienen mit ärmlichen Dank im Herzen gegenüber der Schloßherfchaft, nicht minder aber auch gegenüber ihrer lieben Pflegerin, Schwester Martha, die ja das ganze Jahr hindurch sie lehrte und behütet.

Die viele Christkämme für alle haben allgemeinen Anlauf bei den Einwohnern unserer Stadt, aber auch bei den zum Einkauf nach hier kommenden Bewohnern der umliegenden Ortschaften gefunden. Am Donnerstag gab der Gemishte Chor auf dem Markt seine Singebunden vor dem dort aufgestellten Baume. Eine Anzahl schöner Weihnachtslieder erklangen und ein festlicher Hauch wehte von dem Plage durch die Straßen. Am morgigen Sonntag zwischen 5 und 6 Uhr singt, wie bereits bekannt gegeben, der Männergesangsverein.

Die Weihnachtsfeier unserer Volkshule, die morgen abend (Sonntag), pünktlich 8 Uhr beginnend, stattfindet, ist hier wiederholt hingewiesen. Das Vortragsprogramm, nicht minder aber auch die begeisterte Jugend hat schon lange vorher gekündigt, um den Eltern und Freunden der Schule trotz Stunden zu bereiten. Wer ganz sicher sein will, einen guten Platz zu bekommen, der benutze den Vortragsort in der Schloßherfchaft Buchhandlung.

Theaterabend des Kreisvereins. Auch in diesem Jahr hat es sich der Kreisverein nicht nehmen lassen, am 1. Weihnachtsfesttage einen himmelstimmigen Abend zu veranstalten. Zwei Weihnachtsstücke werden zur Auführung gelangen. Armer bringen ein Stückenpiel und der durch vorzügliche Kräfte ergabige Theaterausführung spielt ein „Zweifel“, voll Gemüt und Feinsinnigkeit überbrücken Liebe. Ferner wird die gesamte Stadtpopule durch ein sorgfältig einstudiertes Konzert zur Hebung der festlichen Stimmung beitragen. Damit sich jeder in der Zeit ein Plätschen sichern kann, sind die Stühle im Saal nummeriert. Der Vortragsort findet diesmal vom Dienstag an im Weidwiesen Installationsgeschäft statt. Die Eintrittspreise sind der Zeit entsprechend herabgesetzt. Hoffen wir, daß ein reicher Zutpruch die aufgewendete Mühe lohnt.

Veteran Rufe. Nicht nur der Weihnachtsmann geht in diesen Tagen durch die Straßen, auch der Schmitzer Tod schreitet heimlich einher und schaut sich um, wo irgendwo jemand wehnt, dessen Körper den Anzeichen der Alterung gegenüber nicht mehr kräftig genug ist. Am Mittwoch hat er auch jemand gefunden, der ihm des Mitnehmens wert ersahen: der alte Rehran aus belle bekannte Veteran Gustav Rufe wurde aus unserer Mitte genommen, er durfte das nahe Weihnachtsfest nicht mehr erleben. Der Heimgangene war eine marante Persönlichkeit, noch ein Veteran von 1870/71 und trotz seiner 84 Jahre sah man ihm den preislichen Soldaten auf den ersten Blick an. So wird auch die Heldengede in unserem Kreisverband ein Weihnachtsgefühl anfließen, aber leider ein Klagefall wird es sein. Der alte brave Bürger wird lange im Andenken unserer Einwohnerrufe bleiben.

Reife Sabbathe. Nur der am Mittwoch in den Klären Reha, Wippach und Wirtzig abgehaltenen Tagd wurden 675 Jäger geschossen. Am Sabbatabend sind es demnach nicht selten.

Heiligabend im Rundfunk. Der Mittag hat ihr Programm am 24. Dezember ganz auf den Heiligabend eingeleitet. Am 4. Uhr nachmittags wird eine Christfeier aus der Jakobikirche in Chemnitz übertragen; um 1/7 Uhr wird die Deutsche Welle in Köln geföhrt; um 10 Uhr folgt eine Turmmusik, ausgeführt vom Roselieders Wäferbund in Berlin. In den Paulen werden Weihnachtslegenden gesprochen. Den Abschluß des Abends bildet eine Weihnachtsmusik von 1/12 bis 12 Uhr. — Die Deutsche Welle und die Funkwelle Berlin bringen nachm. 4 Uhr eine Christfeier aus dem Dom zu Magdeburg. Die Ansprache hält Dompropster Martin.

Der Winter steht vor der Tür! Es ist ein besonderer Herr, der Winter, ein Galt, vor dem die meisten Menschen zittern, aber wiederum doch auf ihn warten wie das Kind auf den heiligen Christ. Verjagter der Winter kein Kommen, dann gibt es enttäuschte Gesichter in jedem Hause, und wenn er da ist, dann soll er bald wieder gehen. Am Mittwoch kamen bei uns die ersten Vorboten des Winters, Schneeflocken spielten in der Luft miteinander, sie kamen zur Erde und sammelten sich zur weißen Decke an. Nur wenig vom Schnee blieb noch erhalten, aber der Rest reichte für die Jungens noch hin, daß sie sich nach eine Schneeballschlacht leisten konnten. Ansonsten ist uns auch das Thermometer etwas gefallen, auf und zeitweise unter Null steht das Quecksilber, die Temperatur schält somit die noch auf den Dächern liegende dünne weiße Decke, jedoch immerhin das Auge ein winterliches Panorama erblickt. Das macht Mut, so kurz vor Weihnachten gibt es Hoffnung auf einen Winter. Gewiß wird mancher Wunschgebet noch rasch eintreffen, indem Winterkälten, Schilten und Schiltschlauße darauf eingeben. Nur wenige Tage trennen uns noch vom lieben Weihnachtsfest, der große Freudtag für die Kinder ist bald da. Für die Hausfrauen schließen diese Tage noch allerlet Sorgen ein, denn neben dem Einkauf der Geschenke sind noch mancherlei Vorbereitungen fertig zu machen und vor allem die Weihnachtsfeier ist zu erledigen, denn ein guter Weihnachtsfestabend gehört zum Feste. Duisende Wohlgerüche der frisch gebakenen Brote erfüllen dann das Haus und das Zammengrün vermittelt uns die Freude auf Weihnachten. Die Tage sind jetzt kurz und schon bald am

Unser Stadt-Christfeier werden am Sonntag den mancherlei Schützenjäger eine Warnung zurufen. So macher brave Mann hat Schifferbruch gewollt, er den Dackern einer Eva geföhrt ist. Ein zweiter Film wird immer gern geliebene Situationsen vorkühren.

Nachmittag muß das Licht angezündet werden. Wir haben angeblich lange Nächte und kurze Tage. Ist erst der Weihnachtsabend vorüber, dann geht es auch wieder aufwärts.

**Saisun- und Inventurausverkäufe.** Für den diesjährigen Winterurlaub- und Inventurausverkauf ist von der Regierung zu Merseburg als neuer Termin der 6. Januar bis 16. Februar festgesetzt. Der einzelne Ausverkauf darf höchstens bis zum 1. März dauern. Die Industrie- und Handelsstellen zu Halle werden hierzu noch darauf hin, daß innerhalb einer Woche vor dem Haupttermin des Saisun- und Inventurausverkaufs, also vor dem 6. Januar, Einzel- oder Sonderveranstaltungen stattfinden dürfen. Das gleiche gilt für Sonderveranstaltungen, die unmittelbar nach dem Ende der Verkaufszeit dieser Ausverkäufe in einzelnen Unternehmen veranstaltet werden.

**Ein reuertes Schuljahr!** Wie man jetzt erfährt, ist nicht mehr damit zu rechnen, daß der Plan eines neunten Volksschuljahres weiter verfolgt wird. Von staatlicher Seite ist der Gedanke bereits aufgegeben worden. Selbstig die Bemühungen um einen Ausbau des städtischen Berufsschulwesens dauern noch an. Es ist vorläufig nicht abzusehen, zu welchem Ergebnis sie kommen werden.

**Ein V-bot auf der Plakate.** Dem Beispiel der Rheinprovinz und der Provinz Hessen-Nassau folgend hat nunmehr auch der Oberpräsident der Provinz Sachsen in einer Polizeiverordnung das Anbringen von Plakaten, deren Inhalt den Tatbestand einer strafbaren Handlung erfüllt oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, verboten. Auch die Verwendung der roten Farbe für Plakate, die nicht amtliche Bekanntmachungen enthalten, wurde verboten.

**Ein Posten- und Verkehrsverkehr beim Heften.** Am 21. und 25. Dezember Postentnahme und -Ausgabe, sowie Orts- und Anstaltsverkehr sind am 27. und 28. Januar wie am Werktagen (nur Briefzustellung). Die Auszahlung der Heeresrenten erfolgt am 27., der Versicherungsrenten am 29. Dezember in der bekannten Zeit- und Reihenfolge.

**Volkstroung am 1. März.** Ähnlich wie in vergangenen Jahren wird der Sonntag Reminiscere 1931 als Volkstroung begangen werden. Der Volksbund Deutsche Kriegsgerechtigter plant in Gemeinschaft mit den Kriegsgemeinden und kirchlichen Organisationen eine würdige Ausgestaltung des Trauerages.

**Schneewind.** (Unheilbare Krankheit.) Am Montag dieser Woche wurde die schon längere Zeit lebende Frau M. wieder in die Irrenanstalt Riethele gebracht, aus der sie vor 2 Jahren entlassen war. Sieber drohte ihr Jernbach gemeingefährlich zu werden, weshalb man sich gezwungen sah, die Unglückliche wieder einzuliefern. Den zehnfach verheirateten Einwohnern ersieht diese Arme bemitleidenswert, manchem aber war es leider eine amüsante Unterhaltung.

**Laucha.** (Ende des Zuckerrüben-Arbeitsjahres.) Die hiesige Zuckerfabrik beendete mit dem Ablauf voriger Woche ihren diesjährigen Betriebsabläufe. Es sind aber 900 000 Zentner Zuckerrüben verarbeitet worden. Die Entlassung der Arbeiter wird den Wohlfahrtsrat der Stadt Laucha wieder außerordentlich stark in Anspruch nehmen, da jede dieser Arbeiter keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben und deshalb der Stadt zur Last fallen.

**Naumburg.** (Der Gerichtshof bei dem Glüdspiel.) Klempnermeister Hermann B. in Nebra stellt Geldspielapparate her, die von den verbotenen Bajazzoapparaten darin abweichen, daß die Kiste, durch welche die eingeworfene Kugel laufen muß, enger geschlossen sind, wodurch ein Gewinn erzielt werden kann. 1929 wurde B. vom hiesigen Amtsgericht und auch in der Berufungsverhandlung vor der Kleinen Strafkammer von der Anklage, in Gastwirtschaften verbotene Glüdspielapparate aufgestellt zu haben, freigesprochen worden. Durch Vorzeigung dieses Urteils überzeuge er 3 Gastwirte in Altmich, Alt- und Neuflemmingen, daß diese Apparate zugelassen seien. Der Landjäger erstattete aber Anzeige und B. wurde jetzt vom Amtsgericht zu 100 Mark, die Gastwirte zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsverhandlung wurde der eine der Apparate vorgeführt, wobei der Staatsanwalt mit seinen 3 Kugeln gewann, während beim Vorhinein und Schöpfen die meisten Kugeln daneben fielen. Darauf kam es heute aber nicht an, sondern darauf, festzustellen, ob mit der Freisprechung durch das Gericht die behauptete Gewinnmöglichkeit gegeben war. Das mußte bejaht werden, weshalb bei Aufhebung des Urteils die Freisprechung aller Angeklagten erfolgte.

**Wethensfeld.** Politische Ausschreitungen. Während einer nationalsozialistischen Versammlung kam es zu schweren Zusammenstößen mit Kommunisten. Auf den Straßen hatten sich mehrere kommunistische Demonstrationen gebildet, die langsam die Stadt durchzogen. Auf dem Marktplatz wurde ein mit 35 Nationalsozialisten aus Jütz besetzter Bus mit 40 Personen, darunter ein gewisses Komitee, angehalten. Die Nationalsozialisten wurden teilweise verletzt. Die Kommunisten wurden teilweise angegriffen und machten zum Gummistift Gebrauch. Mehrere Personen wurden amonsgesetzt.

**Halle.** Die Verwaltung der zum Konzern der 3. W. H. A. B. (Kleber) gehörigen Grube „Walters-Hoffnung“ hat die Erlaubnis für die Abgabe von 200 t an die Grube „Walters-Hoffnung“ erteilt. Von dieser Abgabe wurden 420 Bergarbeiter betroffen werden, von denen ein Teil erst kurze Zeit wieder in Arbeit ist. Die Verwaltung ist bemüht, die Abgabe so wenig wie möglich zu bewerkstelligen, wenn nicht ganz zu vermeiden, der selbst bei unglücklichem Ausgang der Bemühungen würde in den Grubenbetrieben noch immer eine Belegschaft von 200 Mann verbleiben, während die Betriebsfabrik vollkommen zum Erliegen käme.

**Saalfeld.** Das Thüringische Innenministerium hat das „Saalfelder Volksblatt“ wegen Vergehens gegen das Republikausgesetz für die Zeit vom 1. bis zum 31. Dezember 1930 unter der Überschrift „Gemitternollen“, in dem eine Beleidigung des Innenministers Dr. Fr. v. S. ist.

**Magdeburg.** Ueber die von der Hauptverwaltung geplanten Veränderungen der Reichsbahnverwaltungsbezirke wird bekannt, daß die in Kürze aufzulösende Reichsbahnverwaltungsbezirke der Direktion Berlin übernommen wird. Die Direktion Berlin wird zum großen Teil die Funktionen Magdeburgs und damit auch einen Teil seines Personals übernehmen. Der Verwaltungsbezirk der Berliner Reichsbahnverwaltungsbezirke wird bis nach Burg verlegt.

## Nah und Fern.

**Berlin.** Streikbereitschaft der Bankbeamten? Die am Tarifvertrag für das Bankgewerbe beteiligten Arbeitnehmerverbände traten am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, um zu dem nunmehr vorliegenden Endergebnis der Verhandlungen in den Bankbetriebs-Sitzungen zu nehmen. Die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Organisationen soll nach einstimmig von allen Bankangestellten gebilligt werden. Auch für etwa notwendig werdende Kampfmaßnahmen habe sich die Jahrgangsgewerkschaften der Reichsbank in allen Betrieben ausgesprochen. Alles Weitere wird von dem am Freitag stattfindenden Nachverhandlungen abhängen.

**Necklud (Haardt).** Brutige Schlägerei. In einer öffentlichen Versammlung der SPD., in der Herr Eckert-Mannheim über „Die große Lüge des Nationalsozialismus“ sprach, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten waren zu dieser Versammlung zur freien Aussprache eingeladen. Als Herr Eckert auf den Münchener Tausch zu sprechen kam und sagte, Hitler habe sich, als er die Maschinengewehre und Kanonen gelehrt habe, auf den Boden geworfen, gerieten die beiden Parteien in Streit. Der schließlich in eine heftige Schlägerei ausartete. Da es der Polizei nicht gelang, die Ruhe sofort wiederherzustellen, mußten von Ludwigshafen Verstärkungen angefordert werden. Den vereinten Bemühungen gelang es schließlich, die Ruhe wiederherzustellen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

**Königsberg (Pr.).** Steinbombardement gegen Stadtparlament. Während der Beratungen der Stadtverordneten trat ein Trupp von etwa 20 Kommunisten vor das Stadtparlament und eröffnete ein regelrechtes Steinbombardement. Zufriedene Genossen wurden zertrümmert. Einige Bürgergeschosse landeten zum Entsetzen der Stadtverordneten im Sitzungssaal. Ein Abgeordneter wurde von einem lauffähigen Stein an der Schulter getroffen. Steine und Glasplitzer bedeckten die in der Nähe der Fenster stehenden Tische. Die Abgeordneten hinausziehen, ergrißen die Kommunisten die Flucht.

**Trier.** Schwerees Attentat. Bei Waldraach an der Ruwer ereignete sich ein schweres Attentat. Ein mit sechs Personen besetzter Lieferwagen aus der Pfalz, der von Trierer Viehmarkt kam, fuhrte in einer Kurve die Böschung hinab. Dabei wurde der 40 Jahre alte Geschäftsmann Wilhelm Rindt aus Dierdorf in der Pfalz getötet. Ein 23-jähriges Mädchen aus Trier, das auf Besuch zu Verwandten nach Waldraach wollte und von dem Lieferwagen aus Gefährlichkeit mitgenommen worden war, erlitt durch das in Brand geratene Benzin schwere Brandwunden. Drei weitere Personen, Verwandte des Getöteten, kamen mit leichten Verletzungen davon.

**München.** Politischer Zusammenstoß. In einer Versammlung in Hamersdorf kam es zu einer schweren politischen Schlägerei. Die Nationalsozialisten hielten dort eine Versammlung ab und hatten die Sozialdemokraten zur Beilegung an die Aussprache eingeladen. Auf noch nicht aufgeklärte Weise entstand dann eine große Schlägerei, bei der etwa 20 Personen verletzt wurden, darunter auch der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Seifried-Münchinger. Der durch Schläge mit Biergläsern Wunden am Kopf davontrug. Das herbeigerufene Lebensreformamt teilte die Ruhe wieder her und nahm je nachdem Personen fest.

## Grosse Freude

bereiten

Vestkarten  
Invitationskarten  
mit Namen- und  
für die Festtage

Ferner werden alle Familien drucksachen:

Verlobungsanzeigen  
Hochzeitsanzeigen  
Geburtsanzeigen  
Dankkarten

in technisch vollendeter Ausführung schnellstens geliefert  
**Buchdruckerei Wilh. Sauer**  
Ferruf 221 ROSSLEBEN Ferruf 221

## Fabrik in die Luft geflogen.

Paris, 19. Dezember.  
In einer heimischen Fabrik in Mancour bei Saint Gaudens, unweit von Toulouse, ereignete sich eine schwere Explosion, durch die sämtliche Fabrikgebäude in die Luft gesprengt wurden. Die Belegschaft der Fabrik, die über 100 Arbeiter betrug, wurde von dem Unglück überrollt und fast ausnahmslos verdrückt. Ein Teil gelang es, sich selbst aus den Trümmern zu retten; andere wurden mit schweren Verletzungen geborgen. Ueber 40 Opfer liegen noch unter den Trümmern.

Aus allen umliegenden Dörfern eilten Hilfsmannschaften herbei, die zusammen mit der Feuerwehr und Truppen aus Toulouse das Rettungswerk begannen. Zuerst wurden Verletzte aus dem Trümmerraum der Steinmassen und Eisenteile geborgen. Der größte Teil von ihnen hat schwere Verletzungen erlitten, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt. Bei Scheinertod wurden die Bergungsarbeiten die ganze Nacht hindurch fortgesetzt. Es fehlen noch mehr als 40 Arbeiter, die unter den Trümmern begraben liegen. Man vermutet, daß das Unglück auf die Explosion eines Sprengmittels entfallenden großen Restes zurückzuführen ist. Nach den letzten hier eingetroffenen Berichten wurden bis jetzt drei Tote geborgen. Ueber das Schicksal der unter den Trümmern liegenden Arbeiter herrscht noch Ungewißheit, doch hofft man, eine Anzahl von ihnen retten zu können.

Nach letzten Meldungen wurden bisher sieben Tote geborgen, während zwölf Schwerverletzte ins Krankenhaus übergeführt wurden.

## Stinkbomben in der Universität Genf.

Brüssel, 19. Dezember. In der Universität Genf kam es zu förmlichen Kundgebungen hiesiger Studenten gegen einen Professor, der immer noch französische Parteivorlesungen in der privaten Genfer Hochschule hielt. Als der Professor in der Universität seine Vorlesung begonnen hatte, wurde er von einem Studenten aufgefordert, die Universität sofort zu verlassen. Als der Professor ihn hinauswerfen wollte, drangen zahlreiche Studenten in den Hörsaal ein, zerlegten die Einrichtung und warfen mehrere Stinkbomben. Der Professor mußte den Hörsaal verlassen, wobei die Studenten die hiesige Nationalhymne anstimmten und ihn in geordneten Zügen begleiteten. Im Anschluß überrollten die Studenten den Rest der Einrichtung, in der der Aktivist des Professors gefordert wird. Ein gleichartiges Schreiben wurde dem belgischen Unterrichtsminister zugelandet.

## Wochenend-Weiterbericht der Th. S.

Verbreitet von der Verbandsverwaltung Genf.  
Aus dem zwischen Vorlesung und Mittagspause gelagerten Hoch ist seit einigen Tagen ruhige kontinentale Kaltluft über die Obere nach Mittel- und Westeuropa in Bewegung. Der dadurch seit Dienstag erfolgte Druckanstieg ließ auf dem europäischen Festland ein kräftiges Hoch entstehen. Ein schwaches, durch die wärmere Ostsee bedingtes Hoch bringt am Donnerstag Ost- und Mitteldeutschland noch verbreitete Schneefälle. Die nordatlantischen Störungen gleiten am Freitag bis von den Azoren nach Nordbrabant sich erziehenden Hochdruckrücken in östlicher Richtung ab. Das Grönland-Inselndruck reicht mit einem Ausläufer weit südlich und hält tropischer Wärmehaftigkeit. Diese flutet bereits über Westland zum Nordmeer und wird das Festlandhoch abbauen. Sie wird in den nächsten Tagen auch den Kontinent Zutritt erlangen. Damit herbeiziehend ist Witterungsanstieg und Tauwetter vor. Dazwischen wird aber bei nächstlicher Auflockerung härterer Nachfröste eintreten.

Ausfichten: Aufhören der Schneefälle, teilweise aufheben und harter Nachfröste, dann allmählich wärmer, Tauwetter, später auch Regen.

## Kirchliche Nachrichten

**Samstag, den 21. Dezember 1930 (4 Abende).**

Sonntagspredigt: Freuet euch in dem Herrn allezeit! Habt abermals Tage id: Freuet euch!

**10 Uhr vorm.:** Hauptgottesdienst im Gemeindeaal. Predigt über Joh. 1, 19-28.

**Abende für die Arbeit.**

**3 Uhr:** Weihnachtsgottesdienst im Schützenhaus. Abende und Sonntagvormittag in der Kirche.

## Kirchliche Nachrichten für Weihnachten 1930.

Rehrath: Euch ist heute der Heiland geboren. (Lut. 2, 11) Mittwoch, den 24. Tage, abende 6 Uhr: Christvesper in der Kirche.

## 1. Weihnachtstag:

10 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche. Predigt über 1. Joh. 3, 1-3.

**Abende für die Stadtmission Halle a. S.**

## 2. Weihnachtstag:

10 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche. (Gemischter Chor. - Predigt über Matth. 1, 21.)

**Abende für die kirchliche Arbeit im heiligen Land.**

**Sonntag nach Weihnachten, 28. Dezember:** Sonntagspredigt: Wartet, denn ihr das Licht habt, daß euch die Finsternis nicht überfalle. (Joh. 12, 35)

**10 Uhr:** Hauptgottesdienst (Predigt über Lut. 2, 25-32)

**Abende für die Arbeit.**

**12 Uhr:** Stundengottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindeaal.

**2 Uhr:** Stundengottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindeaal.

## Gerösteten Kaffee

1a. Feinstmahlung in geschmackvollen Packungen  
1/2, 1 Pfund 90 Hg. und 1 RM.

empfehlen

**Ww. Meitz, Nebra**

**„Zur Burg“ • Nebra**

Heute Antich von

**Kulmbadler Bod**

12 Uhr: Stundengottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindeaal.

**Im Sturm der Zeit tut Eines doppelt not:**

**Daß guter Handel kraftvoll sich erhält,**

**Doch des Erfolges oberstes Gebot**

**Ist: Schritt zu halten mit dem Gang der Welt.**

**Zähler:**

**Weitgehendster Preisabbau**

**der Nebraer Geldmüllente**

**aller Brandten**

**Ergebnis: Kautel am Platze!!!**

**Buppen**

verkauft bis auf weiteres

mit 15-20% Rabatt.

Walter Scharf,

Nebra.

Sämtliche Zutaten zur

Weihnachtsbäckerei

empfehlen in bekannter

vorzüglicher Qualität

**Wwe. Meitz.**

**Halt!** Hier findest Du die schönsten Weihnachtsgeschenke für Jung und Alt



## Hüte und Mützen

die größte Auswahl

**Wolter, Anzüge**



## und Loden-Anzüge

Windjacken Arbeitskleidung Jagdwesten  
 Pullover Stutzen Socken Gamaliden  
 Normalwädicke Elr laghemden Oberhemden  
 Kragen Binder u Zierlinder Handschuhe  
 Große Auswahl Neueste elegante Mäntel Große Auswahl  
**Hosenträger u. Sockenhalter**  
 (auch in schönen Geschenkkartons).

Ferner bitte ich um Einfließt in meine **erklärfähige Stoffmutter-Kollektion** und halte mich stets gern empfohlen zur

Anfertigung feiner Herren- und Knaben-Garderobe nach Maß.

**Karl Horlbeck**

Nebra

Schneidermeister

Bahnhofstr. 1



## Qualitäts-Skier

in höchster Vollendung  
 rassistig in der Form

aus erstklassiger und zäher Gebirgeseiche oder  
 Hickoryholz unter Beachtung aller sportlichen  
 Erfahrungen hergestellt, allen teuren Aus-  
 landsmarken ebenbürtig, tragen als bestes  
 deutsches Erzeugnis die

Qualitätsmarke:

## Arlberg-Ski

**Auslese**, Telemarkform, 200 cm lang, nur Hölzer RM 21.— Besichtigen Sie bitte  
 kompl. mit Bindung, Spanner und Stöcken „ 35.— zwangslos  
**Volksskier**, nur Hölzer „ 17.50 unverbindlich.  
 komplett „ 25.— auf Wunsch  
 bequeme Raten.

Ferner empfehle: Einzelne Bindungen von 4.00—8.50, Schneeteller, Spanner,  
 Norweger Wachs (Widding-Medium und Widding-Paraffin)  
 Skistiefel RM 24.—, la. oberbayerische Handarbeit RM 35.—, sportgerecht, sowie  
 sämtliches Skizubehör, Trainings-Schutz-Anzüge in verschiedenen Farben mit  
 bunten Besätzen in allen Größen, mit und ohne Reißverschluss, von RM 5.— an

**Hellmuth Fulsche Turn- und Sportartikel**  
 NEBRA / Am Unterbrunnen 1

## Weihnachtsbeihilfe für die Sozial- und Kleinrentner.

Die Auszahlung der Weihnachtsbeihilfen für die Sozial- und Kleinrentner erfolgt am Montag, den 22. Dezember 1930, von 1/12 bis 12 Uhr in der Stadtkasse.

Nebra, den 18. Dezember 1930.

Der Magistrat Grünberg.

## Bekanntmachung.

Der Herr Regierungspräsident in Merseburg hat angeordnet, daß zum 1. Januar 1931 eine Zwangsinnung für das Geflechtstollenhandwerk mit dem Sitze in Naumburg a. S. errichtet wird. Diese Innung umfaßt die Stadt- und Landkreise Naumburg, Weißenfels und Zeitz, vom Kreise Gärtsberg die Orte Burkersroda, Bad Bibra, Gärtsberg und Wiehe, und vom Kreise Querfurt die Orte Freyburg, Saucha, Nebra, Carsdorf, Köhlen und Gleina.

Weber das für diese Innung zu errichtende Statut wurde ein Entwurf eingereicht, über den die in die Zwangsinnung einbezogenen Handwerker Beschluß zu fassen haben. Diese werden zu der Beschlusssitzung hiermit eingeladen auf Montag, den 29. Dezember 1930, vormittags 11 Uhr, in den Saal des Hotels „Kaiserhof“ zu Naumburg.

Naumburg a. S., den 16. Dezember 1930.

Veröffentlicht:

Nebra, den 19. Dezember 1930.

Der Magistrat Grünberg.

## Betr. Steuerkarten für 1931.

Die Steuerkarten für 1931 sind ausgefertigt. Die Arbeitnehmer werden aufgefordert, die Karten umgehend abzuholen. Die Abholung der Steuerkarten hat auch dann zu erfolgen, wenn der Arbeiter z. Zt. nicht in einem Arbeitsverhältnis steht.

Nebra, den 18. Dezember 1930.

Der Magistrat Grünberg.

## Beglaubigung der Rentenquittungen.

Die Beglaubigung der Rentenquittungen, wird dahin abgeändert, als die Rentenquittungen schon am 29. Dezember 1930 und nicht am 30. Dezember 1930 ausgegeben werden.

Nebra, den 18. Dezember 1930.

Die Polizeiverwaltung.

## Fischereiverpachtung.

Die Verpachtung der Anstaltsfischerei des Rittergutes Zinft findet Montag, den 22. Dezember ds. Jz., 14.30 Uhr im Gasthof „Zur Sonne“ in Nebra statt.

v. Hildorf'sche Rittergutsverwaltung.

**Spare** mündelsicher bei der **Stadt-Sparkasse Nebra a.**

## Die landwirtschaftl. Haushaltungsschule in Nebra

nimmt ab 15. Januar

## 6 bis 8 Kochlehrlinge

für die Vormittagsstunden an.

Gelernt werden einfache und feine Küche, Backen, Anrichten und Garnieren

Auskunft und Anmeldungen bei

Frau Obersparrer Schwieger, Pfarrhaus Nebra.

## Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, d. 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Hütel euch vor leichten Frauen

Ferner:

**Birkus Renz**

Es ladet freundlich ein Borgwardt.

## Turnverein Nebra

Am 3. Weihnachtsfeierabend

Sonabend, den 27. Dezember findet im Schützenhaus unter

## Weihnachts-Vergnügen

bestehend aus Theater und Ball statt.

Zur Ausführung gelangt:

## Der Badekavalier

Schwanz in 3 Akten von Karl Fischer.

Eintrittspreise: Nummerierter Platz 1.00 RM.

Ordnung und Galerie —.50 "

Karten im Vorverkauf sind von Sonntag, d. 21. 12. ab

beim Schriftführer Kaufmann Weitz, und ab 23. 12.

beim Kassierer Zühlke im Gasthof „Zur Sonne“ zu haben.

Kasseneröffnung 7 Uhr Anfang 8 Uhr

Die geehrte Gönnerschaft von Nebra und Um-

gegend laden wir hierzu freundlich ein.

Der Vorstand.

## für Weihnachten

empfehle:

**Seifen und Parfüme**

Geschmacksrichtungen in reicher Auswahl

**Baumkerzen**

in Paraffin, Wachsfabrikation

und Stearin :: **Wachsfiguren**

Baumbehang aus Zucker und Schokolade

1/2 Pfund von 18 Pig an

Stollwerk-Marzipan, -Pralinen und

Schokolade-Figuren, Spiele u. Automaten

**Hochfeine geröstete Kaffees**

und Kaffee Hag - auch in Präsentboxen

Große

**Auswahl in Spirituosen**

Rum - Vran - Weinbrand - Liköre - Vanille

**Gut abgelagerte Zigarren**

in allen Preislagen

Geschmacksrichtungen von 10 Stück an

**Beste Braunschweiger Gemüsekonserven**

Feinste Kieler Fischkonserven

**August Gelschig**

Inh. Rudolf Gelschig

Nebra, Breitstraße 39

## Weihnachtsnoten

in großer Auswahl

w. scharf.

Am Mittwoch mittag entschlief sanft nach

kurzem, aber schwerem Krankenlager unser

guter Vater, der Rentner

**Gustav Röse**

im 84. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:

**Anna Matheo**, geb. Krämer.

Die Beerdigung findet am Sonntag, mittag 12 Uhr

von der Leichenhalle aus statt.

Das richtige Geschenk zu wählen fällt oft schwer

Wird es Freude machen? Wird es nützlich sein? Wird es keine zu großen Kosten verursachen? Schenken Sie zum Weihnachtsfest ein Paar **Wolko-Schuhe**

Diese machen Freude durch ihre moderne, bequeme Form. Sie sind nützlich, denn sie bewahren sich bei jedem Wetter und sind trotz aller Vorzüge so billig:

8.75 10.75 12.75 14.75

**Wolko**

Alleinverkauf für Nebra und Umgegend:  
**Herm. Sachse, Nebra**  
 Schuhmachermeister

# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Preisadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postkontofonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Westmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aachen.

Nr 151

Sonnabend, den 20. Dezember 1930.

43. Jahrgang



Ulrich Kaufschler wurde am 26. Juni 1884 in Stuttgart geboren. Er studierte Rechtswissenschaften, war in Seibersdorf Regierungsassistent (Kanzlei Assistent) und wurde schließlich Leiter der Reichsanzeiger-Redaktion in Berlin. Er war als Theaterkritiker für die „Frankfurter Zeitung“ in Straßburg, später in Berlin, wo er als Theaterkritiker für die „Frankfurter Zeitung“ tätig war. Während des Krieges war er zunächst im Kriegspostamt, zuletzt zum Stabs-Kriegspostamt. Nach der Revolution trat er zur Sozialdemokratie über und wurde als Sekretär Scheidemanns die erste journalistische Stütze der Revolutionärregierung. Er wurde der erste Stellvertreter bei der Reichsanzeiger-Redaktion in der Weimarer Republik. Am April 1920 schied er aus der Reichsanzeiger-Redaktion aus. Er wurde dann Gesandter in Aachen, dann Gesandter in außerordentlicher Mission bei der Sowjetrepublik Bessarabien und am 31. Mai 1922 Gesandter in Warschau.

## Gesandter Kaufschler †

Berlin, 19. Dezember.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kaufschler, ist in St. Florian an den Folgen einer doppelseitigen Lungenentzündung gestorben.

Der Tod des 46jährigen deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Kaufschler, kommt überraschend. Man erfährt in den letzten Tagen lediglich, daß er erkrankt sei und sich in St. Florian aufhalte. Man hörte, daß er sich eine Reibpfefferkugel zugezogen habe und daß auch die Lungenentzündung ansteckend sei. Eine inzwischen eingetretene doppelseitige Lungenentzündung hat dann den Krankheitsprozeß beschleunigt.

## Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 18. Dezember.

Das Reichskabinettrat zu einer Sitzung zusammen, um sich mit laufenden Angelegenheiten zu beschäftigen. U. a. wurde die Ausarbeitung des Verordnungsplans fortgesetzt. Ferner wurde man sich im Reichskabinettrat über die Frage schlüssig, in welcher Form die 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages am 18. Januar gefeiert werden soll. Am Nachmittag erkrankte der Führer der deutschen Arbeiterpartei auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf, Gustav Bartsch, vor einem kleineren Kreis von Ministern, darunter dem Reichsminister und dem Reichsaussenminister, Bericht über die Abrüstungskonferenz in Genf. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Wg. Dingeldey, wurde vom Reichsanwalt empfangen, wobei die beiden Herren die allgemeine politische Lage und insbesondere den Antrag der Deutschen Volkspartei auf weitere Ausgabenentlastung im Reichshaushalt besprachen.

## Remarque-Film und Polizei.

Searing vor dem preußischen Landtag.

Berlin, 19. Dezember.

Im Rahmen der ersten Beratung des neuen preußischen Staatshaushaltes nahm Innenminister Seuring das Wort. Er befragte, daß er sich über die Vorführung des Remarque-Films bisher überhaupt geäußert habe. Es sei für ihn nicht wünschenswert, daß die Vorführung des Remarque-Films die Empörung der nationalgeheimen Kreise hervorgerufen habe. Bei der ersten und zweiten Vorführung habe sich keinerlei Empörung gezeigt, so daß er annehmen müsse, daß sie bei der dritten Vorführung nicht nützlich gewesen sei. Ganz unabhängig von der Beurteilung des Films habe die Polizei den Vorführungsberechtigten die nötigen Anordnungen erteilt. Unter Umständen Widerspruch erklärte der Minister dann, die Demonstrationen gegen den Film könnten den Krieg angedeutet nicht. Der Film sei ein hohes Lied auf deutsche Kameradschaft und deutsche Tapferkeit. Das von dem Regierungspräsidenten in Oppeln erlassene Demonstrationserbot sei im Einklang mit allen örtlichen Parteien von der Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten erfolgt. Der Minister wies die Entscheidung gegen Bewährungsmaßnahmen, wonach an eine Heranziehung des Reichsanwaltes zur Unterstützung der preußischen Polizei gedacht werde.

Die preussische Polizei sei in jeder Hinsicht ihrer Aufgabe gewachsen. Es sei auch nicht wahr, daß der Staat auf private Organisationen zum Grenzschutz zurückgehen müsse. Dazu reichten die staatlichen Organe aus. Der Minister sprach dann der Polizei seinen Dank für all das aus, was sie in den letzten schweren Monaten geleistet habe. Die Anerkennung gelte nicht nur den Mannschaften, sondern auch den Offizieren. Am dem Dank an die Polizei auch einen sichtbaren Ausdruck zu geben, soll den Grenzschutzbeamten vom 1. Februar 1931 ab wenigstens ein Teil des Gehaltsabzuges wieder erkehrt werden.

Die Nationalsozialisten irren, erklärte der Minister, wenn sie meinen, daß ich Material für das Verbot ihrer Organisation sammeln. Wenn ich sie verbieten will, so genügt dazu ein Entschluß. Der Minister beschäftigte sich dann mit den Vorgängen an den Universitäten und erklärte, wenn junge Studenten gewalttätig bestimmte Professoren an ihren Vorlesungen hindern wollten dann sei es Aufgabe der Polizei, rücksichtslos gegen die Ordnungsbrecher einzuschreiten. Der Oberpräsident sprach im Anschluß dessen Unterstützung die Deutschnationalen forderten, habe ich lediglich an Versammlungen beteiligt, die der Abwehr der falschfischen Gefahr dienen. Wer in dieser Zeit der allgemeinen Panikstimmung den Weg zur richtigen Befinnung zeige, werde nicht gerächt, er gehöre vielmehr zu den besten Weimern.

## „Der Stahlhelm am Rhein.“

Das Verbot des Films aufgehoben.

Berlin, 19. Dezember.

Die Oberfilmprüfstelle beauftragte sich mit der Bescheidung gegen das Verbot des Films „Der Stahlhelm am Rhein“, das vor acht Tagen von einer Kammer der Filmprüfstelle Berlin ausgesprochen worden war. Wie erwartet, hatte nicht nur der Stahlhelm, sondern auch der Kommandierende selbst Beschwerde gegen das Verbot erhoben, weil die Kammerentscheidung über die Gutachten der Sachverständigen, die einheitlich den Film für unbedenklich erklärten, hinweggeschwiegen hatte. Die Oberfilmprüfstelle hat, wie der Stahlhelm mittels noch kurzer Verhandlung das Verbot dieses Films aufgehoben und im Sinne der Sachverständigen Gutachten der Vorsitzenden den Film für die Vorführung im Deutschen Reich freigegeben.

## Die Gehaltskürzung in Preußen.

Die Stellung der Notare.

Berlin, 19. Dezember.

In der preussischen Gesetzesammlung wird die Verordnung des preussischen Staatsministeriums über die Gehaltskürzung veröffentlicht. Sie sieht sich eng an die Notarordnung des Reichspräsidenten an. Die Dienstgehälter des Ministerpräsidenten und der Staatsminister werden um 20 v. H. gekürzt.

Entgegen vielfach aufgetretenen Zweifeln wird ausdrücklich betont, daß die Vorschriften dieser Verordnung auf Notare keine Anwendung finden. Ueber die Gehaltskürzung der Kommunalbeamten heißt es: Die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände im Sinne des Kommunalbeamtengesetzes sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterliegenden Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts werden mit unmittelbarer Wirkung nach den Vorschriften dieser Verordnung gekürzt.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die sonstigen der Aufsicht des Landes unterliegenden Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, von der Kündigungsfrist gemäß Verordnung des Reichspräsidenten Gebrauch zu machen, um eine Freigabe der Bezüge ihrer Angestellten herbeizuführen.

## Ministergehälter in Braunschweig.

Auf 12 000 Mark festgelegt.

Braunschweig, 18. Dezember.

In der Sitzung des Landtages stand die Festlegung der Ministergehälter auf der Tagesordnung. Nachdem ein kommunistischer Antrag, die Gehälter auf 8000 Mark, und ein bürgerlicher, die Gehälter auf 18 000 Mark festzusetzen, abgelehnt worden waren, wurde der nationalsozialistische Antrag, die Gehälter auf 12 000 Mark herabzusetzen, angenommen.

Die Sozialdemokraten, die in der Aussprache dagegen waren, stimmten für den Antrag. Die bürgerliche Einheitsfraktion gab die Erklärung ab, daß die Arbeitslast der Minister nach deren Spezialisierung von drei auf zwei geworden sei, daß diese Begabung zu gering sei.

## Die Sparmassnahmen der Gemeinden

Die Aufgabe der Staatskommissare in den Gemeinden.

Berlin, 18. Dezember.

Im preussischen Landtag ist folgender Antrag der Deutschen Volkspartei eingegangen: In einer Reihe von Städten hat der Herr Minister des Innern auf Grund der Gemeindeverordnungsgehalte Staatskommissare ernannt, um an Stelle der Gemeindeorgane die zur Deckung des im laufenden Geschäftsjahr erforderlichen Mehraufwandes zu treffen. Es gewinnt den Anschein, als ob diese Staatskommissare ihren Auftrag zum Teil nur dahin aus-

füßten, die mangelnde Zustimmung des betreffenden Gemeindeorgans zu Steuererhöhungen zu erfassen. Der Landtag sollte beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, die ernannten Staatskommissare dahin anzuweisen, daß sie 1. alle Defizitmaßnahmen mit eigener Verantwortung prüfen, insbesondere auch feststellen, ob nicht aus laufenden Einnahmen angemessene Vermögensbehalten der betreffenden Stadt im Interesse der Schonung der Wirtschaft zur Deckung herangezogen werden können und müssen, 2. etwa vorhandene Sparmaßnahmen effizient auszunutzen, 3. insbesondere die Erhöhung der Reallohn nicht vor dem in Paragraph 3 des vierten Teiles der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 festgesetzten Maßstab und nur im äußersten Notfall und nur insofern zuzulassen, als ein anderer Weg zur Aufrechterhaltung der Verwaltung nach den Grundsätzen einer geordneten Finanzwirtschaft nicht gegeben ist.

## Markenartikel und Preisfragen.

Keine einschneidenden Maßnahmen vor Weihnachten.

Berlin, 18. Dezember.

Der Preisfragenausschuß der Reichsregierung beriet eingehend die drei Hauptprobleme der Preisfragen, die noch behandelt werden müssen. Es handelt sich um die Preise für Eisen, Markenartikel und Agrarprodukte. Die Eisenpreise konnten noch nicht behandelt werden. Die Beratung drehte sich hauptsächlich um die Preise der Markenartikel. Wenn ein Beschluß noch nicht gefaßt wurde, so hat das zweifelslos seinen Grund darin, daß der Ausschuß eine Entscheidung über dieses Gebiet der Preisbildung wenige Tage vor Weihnachten nicht für angebracht hielt. Man kann aber wohl annehmen, daß die Aktion im Januar gerade im Hinblick auf die Markenartikel erneut fortgeführt werden wird. Die Maßnahmen, die zu einer Entlastung der gebundenen Preise führen können, sind außerdem unter Umständen einschneidender Art, und schon deshalb wird der Ausschuß vielleicht die letzte Entscheidung dem Kabinet überlassen wollen.

Das Reichskabinettrat heute vormittag zusammen, um eine Reihe laufender Angelegenheiten zu behandeln. Zweifelslos ist auch die Preisfrage dabei zur Sprache gekommen. Sicher ist jedenfalls, daß vor Weihnachten keine einschneidenden Maßnahmen mehr getroffen werden, so daß also eine Stärkung des Wirtschaftsgleichgewichtes nicht zu befürchten ist, das sich übrigens nach der Auskunft einer Reihe von Gehaltszweigen in den letzten Tagen doch erheblich günstiger gestaltet hat, als ursprünglich erwartet wurde.

## Rededuell im Rundfunk.

Zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten.

Berlin, 18. Dezember.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Gedanken zur Zeit“ der „Deutschen Welle“ fand ein Zwiegespräch über das Verhalten der Nationalsozialisten im Reichstag statt.



## Um die Wehrhilfe.

Die Notlage der weissen Landgemeinden.

Berlin, 19. Dezember.

Der Geschäftsführer des Preussischen Landgemeindetages, Dr. Gieß, sprach über die Auswirkungen der letzten Notverordnung der Reichsregierung auf die Lage der weissen Landgemeinden. Er betonte, das Sanierungsprogramm der Reichsregierung enthalte keine wirkliche Lösung der so wichtigen Frage, wie die Gemeinden über die Nöte dieses Winters hinweg-